



Die Polizei ächzt unter der Arbeitslast. Aber setzt sie ihre Ressourcen auch richtig ein? Darüber diskutieren Andreas Egli (links) und Luca Maggi.

GORAN BASIC FÜR NZZ

Herr Egli, hatten Sie schon einmal mit der Polizei zu tun?

Egli: Ich bin auch schon kontrolliert worden, es waren aber keine dramatischen Erfahrungen.

Und Sie, Herr Maggi?

Maggi: Im Alltag habe ich kaum Kontakt. Aber kürzlich bin ich joggen gegangen mit meinem Hund. Dabei trug ich ein FCZ-Shirt. Nach dem Training bin ich auf eine Treppe gesessen und habe telefoniert. Plötzlich sind zwei Polizisten von hinten an mich herangetreten und wollten meinen Ausweis sehen. Nach der Kontrolle sagten sie, es sei ein Fehler gewesen. Aber vielen Leuten in dieser Stadt geht es anders, wenn sie in ein Raster fallen. People of Colour, Jugendlichen oder Demonstrantinnen beispielsweise – sie machen schlechtere Erfahrungen mit der Polizei.

Die Stadtpolizei ächzt unter Überstunden, die kaum mehr kompensiert werden können. Nun fordert Ihre eigene Stadträtin, die Grüne Karin Rykart, in den nächsten acht Jahren 152 zusätzliche Stellen. Sie lehnen das ab. Hat das mit Ihren Vorbehalten gegen die Polizei zu tun?

Maggi: Nein, ich lehne die Stellenaufstockung ab, weil die Polizei die Notwendigkeit in ihrem Bericht schlecht begründet hat. Mir fehlt vor allem eine übergeordnete Debatte darüber, was für eine Polizei wir überhaupt wollen und welche Aufgaben sie übernehmen soll. Die Stadt könnte zum Beispiel in einem Pilotprojekt testen, wie Grosseinsätze bei Veranstaltungen und Demonstrationen auch mit weniger Personal bewältigt werden können. Erst wenn wir über solche Fragen debattiert haben, können wir entscheiden, wie viele Stellen es braucht.

Sind Sie auf die schlechte Begründung von Frau Rykart hereingefallen, Herr Egli?

Egli: Im Gegenteil. Es ist die fundierteste und ausführlichste Begründung

«Die Stadtpolizei jammert auf hohem Niveau»

Luca Maggi (Grüne) findet einen Ausbau der Polizei in Zürich unnötig. Das sei spätpubertäres Tröteln, meint Andreas Egli (FDP). Das Streitgespräch führten Jan Hudec und Fabian Baumgartner

dung für eine Personalerhöhung in der Stadt Zürich, die ich je gelesen habe. Herr Maggi und seine Kollegen würden die Aufstockung so oder so ablehnen, egal wie fundiert ein Bericht ist. Sie lassen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtpolizei mit ihren Überstunden auflaufen. Das ist doch ein unseriöses, spätpubertäres Tröteln gegen den Staatsapparat. Auch Stadtpolizisten haben Anspruch darauf, dass sie regelmässig am Wochenende frei haben.

Ist Ihr Widerstand eine Trotzreaktion?

Maggi: Das ist überhaupt keine Trotzreaktion. Aus dem Bericht lässt sich

nicht ablesen, wo konkret Überstunden anfielen und wie man die Überzeit abbauen will.

Egli: Doch, es braucht mehr Polizisten, dann fallen auch weniger Überstunden an.

Maggi: Aber so einfach ist die Rechnung nicht. Mit dem derzeitigen Fokus der Polizei werden die zusätzlichen Stellen vom Apparat wohl einfach geschluckt und gar nicht für den Abbau von Überstunden eingesetzt.

Egli: Mit dieser Haltung erreicht die Linke doch bloss, dass der Job unattraktiver wird und Polizistinnen und Polizisten vor lauter Überlastung irgendwann in ein Burnout hineinlau-

fen. Die Arbeit ist da, ob Ihnen das passt oder nicht.

Maggi: Zurzeit sind etwa fünfzig bereits bewilligte Polizeistellen unbesetzt. Die Stadträtin Karin Rykart wollte, dass auch Personen mit einer C-Bewilligung an der Polizeiausbildung teilnehmen können. Dies wurde bekanntlich von den Bürgerlichen im Kanton gestoppt und ist erstaunlicherweise auch polizeiintern auf Widerstand gestossen. Solche fragwürdigen Entscheide befeuern den Personalmangel viel mehr. Zudem stimmt es nicht, dass die Arbeit einfach da ist.

Egli: Der Unterbestand hat nichts mit Rekrutierungsproblemen oder

der C-Bewilligungs-Frage zu tun. Und natürlich ist die Arbeit da. Man kann schliesslich nicht plötzlich behaupten, Diebstahl sei eine unfreiwillige Vermögensübergabe und die Polizei müsse sich nicht mehr um diese Fälle kümmern. Die Einsatzkräfte werden künftig genauso für Diebstähle, Lärmklagen oder häusliche Gewalt benötigt wie heute. Wenn ein Mann seine Frau zusammenschlägt, muss jemand sicherstellen, dass sie in ihrer Wohnung sicher ist. Und das tut die Polizei.

Maggi: Das sind jetzt die klassischen Beispiele, die zum Grundauftrag gehören.

Egli: Ja, natürlich, aber darauf läuft es hinaus.

Worauf soll die Polizei denn verzichten, Herr Maggi?

Maggi: Ein Hauptproblem der Polizei sind die Wochenendeinsätze und die Grosseveranstaltungen. Aus meiner Sicht werden heute an vielen Orten unnötig viele Polizisten eingesetzt. Von einem Stadtrat mit linker Mehrheit erwarte ich, dass er sich neue Wege überlegt, beispielsweise an Demonstrationen. Und es gibt weitere Themenfelder: Im Umgang mit Jugendlichen, die zu wenige Freiräume haben, setzt man etwa zu einseitig auf die Staatsgewalt. Wir müssen solche Probleme an der Wurzel packen, statt einfach die Polizeipräsenz zu erhöhen oder alles per Video zu überwachen. Doch diese Diskussion führen wir nicht. Stattdessen sprechen wir über Phänomene, welche die Polizei selbst gezielt ins Zentrum stellt, Gewalt und Drohung gegen Beamte zum Beispiel.

Egli: Bestreiten Sie ernsthaft, dass Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten zugenommen hat? Dann können wir nämlich aufhören zu diskutieren.

Maggi: Ich kenne effektiv keine verlässlichen Zahlen, die eine Zunahme der Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten untermauern würden. Die Strafurteilsstatistik des Bundes zeich-

net seit etwa zehn Jahren ein konstantes Bild.

Egli: Ich hatte kürzlich eine Diskussion mit Polizisten. Sie rücken zu den Hotspots nur noch zu fünf aus, weil sie sonst riskieren, von alkoholisierten Jugendlichen, die jede Hemmung verloren haben, attackiert zu werden. Und die links-grüne Politik in der Stadt schafft erst noch ein Klima, in dem es Jugendlichen leichtfällt zu sagen: Das sind Bullen, das sind keine Menschen.

An Brennpunkten wie dem Utoquai oder der Langstrasse treten Jugendliche und junge Erwachsene manchmal tatsächlich sehr aggressiv auf.

Maggi: Es gibt vereinzelt Auseinandersetzungen, die Situation hat sich allerdings beruhigt. Aber wenn die Polizei bei so vielen jungen Menschen Wut und Aggressionen auslöst, dann ist das nicht gut, und sie sollte sich überlegen, warum das so ist. Mehr Repression kann nicht die Antwort sein.

Egli: Wenn es zu Messerstechereien und Schlägereien kommt, bei denen die Sanität nur mit Unterstützung der Polizei vorrücken kann, schockiert mich das. Wir haben ein Bevölkerungswachstum, die Polizei muss immer mehr Aufgaben übernehmen, und die Politik erhöht laufend die Anforderungen, wie die Ordnungshüter mit den Leuten umgehen sollen. Dafür braucht es gut ausgebildetes Personal in genügender Zahl.

Sehen Sie also keinen Spielraum, um Aufgaben in andere, nicht polizeiliche Bereiche zu verschieben?

Egli: Wenn am Seeufer unter Jugendlichen der Machopegel steigt, dann muss man kein Care-Team und keine Sozialarbeiter hinschicken. Auf die hört in dem Moment niemand. Sowieso ist in Zürich der Anteil an Sozialarbeitern überproportional gestiegen. Für solche Stellenerhöhungen braucht die Linke jeweils keine Begründung. Das zeigt doch: Euch geht es nicht um die Frage der Angemessenheit, sondern ihr seid gegen die Institution an sich.

Maggi: Es ist doch populistisch, nur über Messerstechereien und die negativen Auswüchse der 24-Stunden-Gesellschaft zu sprechen. Die Polizei hat ein viel breiteres Tätigkeitsfeld. Ich nenne ein Beispiel: Ein beachtlicher Teil der Verhaftungen findet laut Statistik des Kantons wegen Verstössen gegen das Ausländergesetz statt. Dafür werden viele Ressourcen eingesetzt, obwohl man sich fragen kann, warum ein nicht rechtmässiger Aufenthalt in einem Staatsgebiet überhaupt so streng verfolgt werden soll.

Egli: Die Polizei hat grundsätzlich den Auftrag, die Rechtsordnung aufrechtzuerhalten – unabhängig von den individuellen Präferenzen der Politiker.

Maggi: Aber das macht sie nicht.

Egli: Doch, ihr haltet diese Aufgaben einfach nicht für opportun.

Maggi: Es finden jeden Tag Tausende von Rechtsbrüchen statt, die die Polizei nicht ahndet. Aber bei Verstössen gegen das Ausländergesetz ist sie strikt. Bei der Teilnahme an unbewilligten Demonstrationen ebenso, obwohl es sich bei Letzterem um eine Übertretung handelt.

Egli: Wir wollen auch keinen Polizeistaat, in dem alle Übertretungen mit Sanktionen belegt werden. Doch über die Ausgestaltung des Migrationsrechts entscheiden nicht wir im Gemeinderat. Das geschieht auf Bundesebene. Letztlich sagen Sie, dass Sie nicht wollen, dass die Rechtsordnung eingehalten wird!

Maggi: Wenn Sie sagen, dass die Polizei nur der Rechtsordnung verpflichtet sei, dann ist das bloss schöne Theorie. Faktisch setzt die Polizei nämlich Prioritäten und macht damit Politik, das zeigt der Bericht. In diese Politik will ich mich einmischen.

Die Polizei kann ja nie überall sein. Finden Sie denn die heutige Gewichtung richtig?

Egli: Ich will meine Prioritäten nicht für allgemeingültig erklären. Es gehört zum Job der Polizei, dass sie die Rechtsordnung durchsetzt, damit die Kriminalität möglichst tief ist und die Bevölkerung sich sicher fühlt.

Maggi: Natürlich können wir im Gemeinderat nicht bestimmen, welchen Einsatz der Polizei es braucht und welchen nicht. Fakt ist aber zum Bei-

«Sie lassen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtpolizei mit ihren Überstunden auflaufen.»

Andreas Egli
FDP Zürich

«Ich erhoffe mir eine Polizei, die eine offenere und transparentere Kultur hat und auch Fehler einräumt.»

Luca Maggi
Grüne Zürich

spiel, dass in der Kriminalstatistik nur Delikte gegen das Strafgesetzbuch, das Betäubungsmittelgesetz und das Ausländergesetz erfasst werden, nicht aber Verstösse gegen das Strassenverkehrsgesetz, obwohl diese vor Gericht zu den meisten Verurteilungen führen. Auch andere Delikte werden ausgeblendet. Stattdessen spricht die Polizei lieber davon, dass jeden Tag eine Demonstration stattfindet.

Egli: Behaupten Sie etwa, das sei gelogen?

Maggi: Nein, aber die Polizei spitzt zu. Grossdemonstrationen mit tausend oder mehr Teilnehmer sind selten. Der Grossteil der Aktionen sind stehende Kundgebungen. Zudem wurden auch jene Anlässe gezählt, an denen nur eine Handvoll Personen teilgenommen hat. Und damit werden nun mehr Polizeistellen begründet. Das ist doch unglaublich! Die Polizei pflückt gezielt dramatische Themenfelder heraus und macht damit Politik.

Der 1. Mai, den Sie ja jeweils mitorganisieren, Herr Maggi, beschert der Polizei aber besonders viel Aufwand: 6000 Einsatzstunden. Und dies vor allem wegen ein paar hundert Extremisten. Wenn Sie diese besser im Griff hätten, könnten Sie die Polizei ja entlasten.

Maggi: Das ist eine alte Leier. Als Organisatoren sind wir für die offizielle Kundgebung und das Fest zuständig. Dort haben wir keine Probleme. Trotzdem sehen wir einen riesigen Polizeiaufmarsch. Es sind Drohnen, Helikopter, Wasserwerfer und Hundertschaften von Polizisten im Einsatz. Ich frage mich: Wofür macht man das?

Egli: Seit die Nachdemonstrationen konsequent eingekesselt werden, hat sich die Situation verbessert, man hat den 1. Mai besser unter Kontrolle. Dass es Ausschreitungen gibt, werfe ich dem Organisationskomitee auch nicht vor. Wegen des Umzugs ist die Polizei nicht dort. Sie ist dort wegen des schwarzen Blocks, der sich gerne hinter euch versteckt und von dem ihr euch in den letzten Jahren nicht sehr aktiv distanziert habt. Diese Kreise gehen nicht nur für soziale Anliegen auf die Strasse, es geht auch ums Randalieren. Und da braucht es Polizistinnen und Polizisten, sonst würde die Situation ausser Rand und Band geraten.

Maggi: Es werden immer die gleichen Bilder heraufbeschworen. Die Polizei setzt bei solchen Einsätzen einen falschen Fokus, und deshalb sollte sie auch nicht mehr Stellen erhalten. Dass wir es in dreissig Jahren rot-grüner Polizeiführung nicht geschafft haben, vertieft über die Ausrichtung der Polizei zu diskutieren – das müssen wir als Linke durchaus auch selbstkritisch einräumen.

Sehen Sie bei der Polizei denn auch ein Qualitätsproblem, Herr Maggi?

Maggi: Wenn Personen wie ich oder Sie mit der Polizei in Kontakt kommen, dann machen wir kaum schlechte Erfahrungen. Aber sonst sieht es anders aus. Nehmen wir Racial Profiling, welches unbestritten vorkommt. Die Polizei räumt das aber nicht ein. Es fehlt auch an einer Fehlerkultur, der Korpsgeist verhindert dies. Zuerst heisst es immer, alles sei in Ordnung verlaufen. Erst auf Druck passt man die Vorgehensweise an.

Egli: Natürlich gibt es einen Korpsgeist. Aber in den letzten Jahren hat sich vieles verbessert. Das hat Herr Maggi offenbar nicht mitbekommen. Stattdessen werfen linke Kreise lieber mit Schlagworten wie Racial Profiling und strukturellem Rassismus um sich. Was am Verhalten der Zürcher Stadtpolizei rassistisch sein soll, können sie aber nicht belegen.

Die Kritiker argumentieren zum Beispiel mit Fällen von dunkelhäutigen Personen, die deutlich häufiger kontrolliert würden als Weisse. Passiert dies denn nicht?

Egli: Doch, das kann schon vorkommen. Das heisst aber noch nicht automatisch, dass es sich um rassistisches Verhalten handelt. Ein Beispiel: Nigerianische Gruppierungen hatten eine Zeitlang in Zürich den Kokainhandel im Griff. Wenn ich das als Polizist weiss, dann kontrolliere ich nun einmal Nigerianer häufiger. Wäre die Hautfarbe dabei das einzige Kriterium, wäre das nicht in Ordnung und müsste gestoppt werden.

Maggi: Aber in Ihrem Beispiel ist die Hautfarbe ja gerade das einzige Kriterium.

Egli: Nein, überhaupt nicht. Sie kann eines der Kriterien sein. Es braucht aber noch weitere Indizien. Etwa, dass eine Person an der Langstrasse mit viel Kleingeld hantiert, häufig auftaucht und wieder verschwindet – dann könnte das ein Dealer sein. Dass man dann kontrolliert, ist doch vernünftig. Weniger sinnvoll wäre es, wenn die Polizei dann für eine ausgeglichene Statistik auch noch ein paar ältere Damen kontrollieren müsste.

Maggi: Leider hat diese Haltung dazu geführt, dass viele unbescholtene Personen kontrolliert wurden. So ergeht es auch Jugendlichen, die sich am See oder in der Bäckeranlage aufhalten. Die werden die ganze Zeit kontrolliert. So entstehen auch Feindbilder – auch bei der Polizei.

Einig werden Sie beide sich wohl nicht mehr. Aber wie soll es nun mit der Stellenerhöhung bei der Zürcher Stadtpolizei weitergehen? Die FDP hat im Gemeinderat den Kompromiss einer Bewilligung der Hälfte der beantragten Stellen abgelehnt. War das auch eine Art von Trotz?

Egli: Der Kompromiss war einfach eine halbe Sache, von der wir heute ja auch schon wissen, dass sie nicht ausreicht. Es handelt sich zudem um ein reines Lippenbekenntnis. Entschieden wird über die Stellen erst in der Budgetdebatte. Aus meiner Sicht sollten für die nächsten vier Jahre die beantragten Tranchen bewilligt werden. Bis dann könnte die Polizei einen neuen Bericht vorlegen, der zeigt, welche Optimierungen sie mit organisatorischen Massnahmen erreichen konnte. Dann kann man darüber sprechen, ob es noch mehr Polizistinnen und Polizisten braucht.

Hat das politisch eine Chance?

Egli: Wahrscheinlich nicht. SP und GLP werden auf ihrer Position beharren. Falls die SP noch ausscheren würde, wären wir allenfalls bereit, den Kompromiss zu retten.

Und in welche Richtung sollte es aus Ihrer Sicht gehen, Herr Maggi?

Maggi: Ich wünsche mir, dass wir in der Stadt Zürich endlich einmal eine tiefgründigere Debatte führen, die über die polizeilichen Statistiken hinausgeht. Im Gemeinderat gewinnen Anliegen der Polizei am Ende eigentlich immer. Personen, die wie ich den Mut haben, hier Gegensteuer zu geben, werden oft als extrem abgestempelt – dabei ist die Polizei eine mächtige Organisation, die über das staatliche Gewaltmonopol verfügt und mit Kritik umgehen können muss. Ich erhoffe mir eine Polizei, die eine offenere und transparentere Kultur hat und auch Fehler einräumt. Und ich hoffe, dass das Jammern auf hohem Niveau ein Ende hat.

Die Öffnungszeiten der Regionalwachen bleiben eingeschränkt

fbi. · Die Stadtpolizei betreibt in Zürich fünf Regionalwachen. Bis im Herbst dieses Jahres waren sie täglich während 24 Stunden geöffnet. Doch wegen der angespannten Personalsituation wurden die Öffnungszeiten im September und Oktober verkürzt.

Nun hat die Stadtpolizei entschieden, diese Massnahme bis auf weiteres beizubehalten, wie sie in einer Mitteilung schreibt. Damit könne man die Patrouillentätigkeit und die Präsenz auf der Strasse sicherstellen. Und: Die Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeiter könnten die Arbeitslast besser verteilen.

Die Wachen sind bis auf weiteres von Montag bis Samstag zwischen 7 und 18 Uhr geöffnet, am Sonntag sind sie geschlossen. Die Wachen bleiben laut Stadtpolizei aber auch in den Randstunden und am Sonntag personell besetzt. So können dringende Fälle entgegengenommen werden, in denen die Einsatzkräfte sofort handeln müssen. In Notfällen könne man wie bis anhin die Notrufnummer 117 wählen. Zudem empfiehlt die Stadtpolizei bei

einfachen Diebstählen oder Sachbeschädigungen Anzeige via den digitalen Polizeiposten Suisse ePolice zu erstatten. Wenn immer möglich, solle die Bevölkerung auf diese Weise vorgehen.

Grund für die Massnahme sind die angehäuften Überstunden der Einsatzkräfte. Nach Angaben der Polizei haben die Einsätze in den Abend- und Nachtstunden und insbesondere am Wochenende stark zugenommen. Allein in den letzten fünf Jahren stieg ihre Zahl um einen Sechstel – von 59 000 auf 70 000.

Mutmassliche Räuber bedrohen 18-Jährigen

bai. · In der Nacht auf Freitag ist ein junger Mann in der Winterthurer Innenstadt ausgeraubt worden. Dies geschah kurz nach Mitternacht. Als die ersten Polizeipatrouillen am Tatort beim Salzhausplatz eintrafen, waren die mutmasslichen Täter aber bereits verschwunden. Der Geschädigte, ein 18-jähriger Schweizer, gab an, er sei von einer Gruppe junger Männer mit einem Messer bedroht, niedergedrückt und anschliessend beraubt worden. Danach seien die Unbekannten davongegangen.

Im Rahmen der sofort ausgelösten Nahbereichsfahndung konnten an der Zürcherstrasse wenig später drei Tatverdächtige festgenommen werden. Alle sind 20 Jahre alt. Es handelt es sich um einen Algerier, einen Doppelbürger aus Tunesien und der Schweiz sowie einen Schweizer. Die mutmassliche Tatwaffe konnte ebenfalls sichergestellt werden. Die drei Tatverdächtigen werden der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Rentnerin im Kreis 7 nach Brand verstorben

tsf. · Am frühen Samstagmorgen ist eine Rentnerin bei einem Wohnungsbrand im Zürcher Stadtkreis 7 so schwer verletzt worden, dass sie noch vor Ort verstarb. Wie die Stadtpolizei am Samstag mitteilte, ist bei der Einsatzzentrale von Schutz und Rettung kurz vor 7 Uhr 30 eine Meldung über Brandgeruch in einem Mehrfamilienhaus an der Hochstrasse eingegangen. Zusammen mit der Berufsfeuerwehr seien dann mehrere Streifenwagen der Stadtpolizei ausgerückt.

Bei den Löscharbeiten seien die Berufsfeuerwehrlaute in der betroffenen Wohnung auf eine Person gestossen. Die Berufsfeuerwehrlaute brachten die Seniorin aus der Wohnung. Trotz der Reanimation durch die Sanität sei die Frau noch vor Ort verstorben. Das Feuer in der Wohnung konnte rasch unter Kontrolle gebracht werden. Die weiteren Bewohner des Hauses konnten in ihren Wohnungen verbleiben, da für sie laut Stadtpolizei keine Gefahr bestand. Es entstand laut den Beamten ein Sachschaden von mehreren 10 000 Franken.

Wie es zum Brand kommen konnte, ist derzeit noch unklar. Die Staatsanwaltschaft Zürich, die Stadtpolizei und Brandermittler der Kantonspolizei Zürich haben Untersuchungen aufgenommen.

Polizei nimmt Trickbetrüger in Schlieren fest

lia. · Die Kantonspolizei Zürich hat am Mittwoch in Schlieren einen 18-jährigen Mann verhaftet, der an einem Telefonbetrug-Versuch beteiligt war. Opfer des Betrugs war eine 64-Jährige, die zuvor am Telefon von angeblichen Polizisten aufgefordert worden war, einen grösseren Geldbetrag abzugeben, wie die Kantonspolizei in einer Mitteilung vom Freitag schreibt. Als die Frau den grösseren Geldbetrag abheben wollte, wurde sie am Bankschalter auf die Warnungen der Polizei vor Telefonbetrüger aufmerksam gemacht.

Sie habe dann die Anzeichen erkannt, heisst es, und die Kantonspolizei eingeschaltet. Bei der anschliessenden Übergabe des Geldes konnte die Polizei den 18-jährigen Deutschen verhaften. Der Mann muss sich jetzt wegen Betrugs vor der zuständigen Staatsanwaltschaft verantworten. Der Fall ist laut Polizei Teil einer neuen Welle von Telefonbetrug.